

«15 Prozent mehr Steuern in Trimbach»?

Seit zwei Jahren lehnt die Bevölkerung eine Steuererhöhung ab. Nun hat sie der Gemeinderat bereits ins Budget 2026 eingerechnet.

Lisa Kwasny

Alle Jahre wieder diskutieren die Trimbacherinnen und Trimbacher ihren Steuerfuss. Seit zwei Jahren vergrössert sich das Loch in der Gemeindekasse mit jedem Budget. Zweimal appellierte der frühere Gemeindepräsident Martin Bühler an die Bevölkerung, eine Steuererhöhung anzunehmen – erfolglos. Eine Steuerfusserhöhung von 3 Prozent für natürliche Personen wurde 2023 abgelehnt. 2024 waren es schon zehn Prozent, auch das hat die Stimmbewölkerung abgeschmettert. 2025 möchte die Gemeinde die Steuern nun um ganze 15 Prozentpunkte auf 140 Prozent erhöhen, für juristische Personen um fünf Prozentpunkte auf 114 Prozent. Der Gemeinderat informierte die Bevölkerung an einer Informationsveranstaltung über die Pläne. Glaubt man dem aktuellen Gemeindepräsidenten Daniel Mackuth, ist diesmal alles anders.

Die Zwangsverwaltung droht weiter
«Ich hatte das Gefühl, dass ein Ruck durch die Versammlung gegangen ist», sagt Mackuth. Die rund hundert an der Informationsveranstaltung anwesenden Personen hätten dem Ressortverantwortlichen für Finanzen Remo Grossenbacher aufmerksam zugehört und viele hätten sich lobend zur Veranstaltung geäussert. Zur Erinnerung: Bei der Gemeindeversammlung im Jahr 2024 gab es zwar auch Zuspruch, ei-



Gemeindepräsident Daniel Mackuth vor dem Gemeindeforum Trimbach. Bild: Andre Veith

nige Anwesende verliessen aber auch unter Protest den Saal. Er glaube, dass das Bewusstsein in der Bevölkerung gewachsen sei, eine Steuererhöhung in Betracht zu ziehen, merkt Mackuth an. Der Gemeinde droht eine Zwangsverwaltung durch den Kanton, wenn der Verlustwert zu gross wird. «Am Beispiel Holderbank haben wir gesehen, was das bedeutet», sagt er. Die Solothurner Gemeinde hatte seit 2008 eine schlechte Finanzlage, 2014 holten sie den Kanton zu Hilfe. Dieser versprach eine Finanzspritze von rund 300'000

Franken, wenn die Gemeinde einen Sanierungsvertrag unterschreiben, eine Liegenschaft in Grenchen verkaufen und die Steuern auf 150 Prozent erhöhen werde. Holderbank lehnte die Steuererhöhung ab, weshalb der Solothurner Regierungsrat diese schliesslich per Verordnung durchdrückte. Seither schloss die Gemeinde ihre Jahresrechnungen mit einem Ertragsüberschuss, heute liegt ihr Steuerfuss bei 140 Prozent. Trimbachs Gemeinderat äusserte ausdrücklich, dass er nicht in eine solche Lage gelangen möchte, denn Trimbach verlöre seine Finanzautonomie und da-

durch seine Handlungsfähigkeit, so Mackuth. Schon in den letzten Jahren klärte der damalige Trimbacher Gemeindepräsident Bühler die Bevölkerung über dieses Zukunftsszenario auf. «Dann kann man immer noch wegziehen», kommentierte ein Gemeindemitglied 2024 lapidar. «Ich bin enttäuscht von euch allen», sagte Mackuth nach der verlorenen Abstimmung. Damals war er zwar Präsident der Mitte-Ortspartei, aber an der Versammlung nahm er Teil als Trimbacher Bürger. Als Gemeindepräsident ist er nun in einer anderen Rolle: die

«Die Finanzstrategie wird im neuen Jahr erarbeitet, um aus dem drohenden Tal mittel- bis langfristig wieder hinauszukommen».

Daniel Mackuth
Gemeindepräsident von Trimbach

hen», sagt Mackuth. Weil ausser einer Erhöhung der juristischen Steuern um 3 Prozent sowie der Einführung einer Kopfsteuer von 50 Franken auf natürliche und 100 Franken auf juristische Personen 2023 keine Steuererhöhungen durchkamen, habe sich der Fehlbetrag stetig vergrössert. Für das kommende Jahr 2026 müsste die Gemeinde deshalb ein Minus von drei Millionen berechnen. So viel wie noch nie. Deshalb wählte der Gemeinderat eine kühne Strategie: Obwohl die Bevölkerung an der Gemeindeversammlung vom 8. Dezember noch über eine Steuererhöhung von fünfzehn Prozent entscheiden muss, hat er diese bereits ins Budget eingerechnet. So würde der Verlustwert «nur» 978'000 Franken betragen. Am meisten belastet wird das Gemeindebudget in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. «Wir verzeichnen eine deutliche Zunahme von Schülerinnen und Schülern», sagt Mackuth. Das braucht Geld. Ausserdem gäbe es durch die immer älter werdende Bevölkerung mehr Kosten für die Pflege. «Diese Menschen haben es verdient, dass wir ihnen eine gute Versorgung im Alter zukommen lassen», findet Mackuth. Sie seien es jedenfalls gewesen, die den Wohlstand erarbeitet haben, den die Bevölkerung heute geniessen kann. Mackuth hofft nun, dass die Bevölkerung der vom Gemeinderat beantragten Steuererhöhung zustimmen wird.

Dullikerin feiert 100. Geburtstag

Frau Landammann Sandra Kolly überbrachte Hedwig Wullschlegel-Bitterli die Gratulationen des Regierungsrats.

Hedwig Wullschlegel-Bitterli wurde am 17. November 1925 in Gretzenbach geboren. Sie wuchs mit zwei jüngeren Schwestern in Dulliken auf. 1948, im Alter von 23 Jahren, heiratete sie Anton Wullschlegel. Gemeinsam hatte das Ehepaar drei Söhne und eine Tochter. Wullschlegel-Bitterli kümmerte sich um die Kinder, ebenso um den Haushalt und führte zudem das Büro im Familienbetrieb. Daneben fand und findet sie stets Zeit für ihre Hobbies: Stricken und Nähen und dem Sin-

gen im katholischen Kirchenchor. Wullschlegel-Bitterli ist noch immer wissbegierig und hält sich auf dem Laufenden: Sie hört Radio, sieht fern und liest Zeitungen. So ist sie über das Tagesgeschehen jeweils gut informiert. Nachdem sie den Blumenstrauss dankend entgegengenommen hatte, entwickelte sich beim Zusammensitzen am Tisch zwischen ihr und Frau Landammann Sandra Kolly schnell ein freundliches Gespräch. (otr)



Beim Zusammensitzen am Tisch entwickelte sich schnell ein freundliches Gespräch zwischen Hedwig Wullschlegel-Bitterli und Frau Landammann Sandra Kolly.



Zum hundersten Geburtstag: Hedwig Wullschlegel-Bitterli (m.) posiert mit Frau Landammann Sandra Kolly und Standesweibel Fritz Unternährer. Bilder: Bruno Kissling